

Russland Michail Chodorkowski hofft weiterhin auf Gerechtigkeit

Kreml fällt das endgültige Urteil

Im zweiten Verfahren drohen dem ehemaligen Erdölmagnaten Michail Chodorkowski bis zu 22 weitere Jahre Gefängnis. Doch der 46-Jährige gibt die Hoffnung nicht auf, wie er in einem Interview sagt.

Christian Weisflog, Moskau

Ein anderer hätte vermutlich bereits den Verstand verloren. Doch in Michail Chodorkowskis Blick überwiegt immer noch die Zuversicht. Auch vier Jahre Haft in sibirischen Gefängnissen und die Aussicht auf eine lebenslange Strafe konnten den ehemals reichsten Russen bislang nicht brechen: «Keiner von uns ist perfekt, aber mein Leben war und ist überzeugend. Ich weiss, wofür ich lebe», sagte der ehemalige Inhaber des Erdöl-giganten Jukos in einem Interview gestern der Zeitung «Sobesednik».

Dabei musste Chodorkowski gerade erst am Dienstag einen weiteren Rückschlag einstecken. Das Moskauer Bezirksgericht, vor dem der zweite Prozess gegen ihn und seinen ehemaligen Geschäftspartner Platon Lebedew stattfindet, lehnte nach zweiwöchiger Anhörung sämtliche Anträge der Verteidigung ab. Seine Anwälte forderten unter anderem die Auswechslung der Ankläger. Denn bei diesen handelt es sich um die gleichen Staatsanwälte wie beim ersten Prozess 2005. Zudem verlangten sie eine Zusammenlegung des Verfahrens gegen Chodorkowski und Lebedew mit jenem gegen den ehemaligen Jukos-Vizechef Wassili Aleksanjan. Letzterer ist schwerkrank und soll unter anderem HIV-positiv sein. Die Behörden verweigern ihm lange Zeit die notwendige medizinische Hilfe, erst vor kurzem wurde er gegen eine horrende Kautio-

freigelassen. Die Ermittler hätten versucht, von ihm eine Falschaussage gegen Chodorkowski zu erpressen, erklärte Aleksanjan.

Gleich wie im ersten Prozess gegen Chodorkowski ist unklar, worin sein eigentliches Vergehen besteht. Während es in der ersten Verurteilung vor allem um Steuerbetrug ging, wird ihm nun vorgeworfen, sein eigenes Unternehmen in Milliardenhöhe bestohlen zu haben. In Wirklichkeit handelt es sich dabei jedoch lediglich um eine branchenübliche Optimierung von Steuern, für die Chodorkowski nun bereits zum zweiten Mal, aber aufgrund eines anderen Straftatbestandes verurteilt werden soll.

Schauprozess gegen Oligarchen

Die wahren Motive für den Fall Jukos sind politischer und wirtschaftlicher Natur. Chodorkowski wollte sich Wladimir Putins Diktat nicht unterordnen, weiterhin oppositionelle Parteien finanzieren und mit sozialen Projekten liberale Werte stärken. Putin und sein heutiger Vizepremier Igor Setschin strebten hingegen die Zerschlagung des Jukos-Konzerns und seine Verstaatlichung an. Letztlich geht es aber auch um einen Schauprozess, mit dem sich der Staat als unerbittlicher Kämpfer gegen die im Volk verhassten Oligarchen darstellt.

Über sein Verhältnis zu Putin befragt, äusserte sich Chodorkowski gestern provokant: «Ich versuche ihn heute als historische Figur zu betrachten. Es gab einen solchen Präsidenten, aber heute ist er nicht mehr.» Er erachte den neuen Kreml-Herrn Dmitrij Medwedew als legitimen Präsidenten Russlands, auch wenn ihm seine politischen Ansichten noch unklar seien, meinte der vierfache Familienvater.

Weiterhin politische Ambitionen

Doch auch wenn er freikommen sollte, in das Erdölbusiness will Chodorkowski nicht zurück. «Geld des Geldes



Michail Chodorkowski wurde am 5. März in Moskau zu Voranhörungen vor Gericht geführt. Er muss damit rechnen, weitere 22 Jahre in Haft zu bleiben. (epa)

wegen zu verdienen, ist für mich nicht mehr interessant», sagt der 46-Jährige. Er wolle sich für alternative Energien einsetzen. Die politischen Ambitionen scheint er aber auch noch nicht abgelegt zu haben: «Ich bin ein guter Antikrisenmanager. Ich glaube auch in dieser Rolle gebraucht zu werden», so Chodorkowski. Personen, die den einstigen Oligarchen persönlich kennen, attestieren ihm durchaus eine hohe Intelligenz so-

wie eine charismatische und einnehmende Persönlichkeit. Am 31. März beginnt die Hauptverhandlung im zweiten Verfahren gegen ihn und Lebedew. Das endgültige Urteil über sie dürfte aber nicht im Gerichtssaal, sondern im Kreml gesprochen werden. Die Hoffnung auf einen gerechten Prozessausgang hat Chodorkowski trotzdem nicht aufgegeben: «Werde ich kämpfen? Ohne Zweifel. Der Weg stärkt den Gehenden.»

Madagaskar

Rajoelina legal an der Macht

Zum Ende eines monatelangen Machtkampfs mit mehr als 140 Toten hat in Madagaskar das Oberste Verfassungsgericht am Mittwoch die Übertragung der Macht vom bisherigen Präsidenten Marc Ravalomanana zunächst ans Militär und dann auf den bisherigen Oppositionschef Andry Rajoelina als legal bestätigt. Mit begeistertem Jubel feierten mehrere tausend Menschen die Ernennung Rajoelinas zum amtierenden Präsidenten. An einer Grosskundgebung in der Hauptstadt Antananarivo versprach Rajoelina Neuwahlen in zwei Jahren sowie eine Änderung der Verfassung. Derzeit sieht sie ein Mindestalter von 40 Jahren für Präsidenten vor.

Der 34-Jährige stellte zudem «wirkliche Demokratie», die Wiederherstellung der nationalen Einheit, sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, günstigere Nahrungsmittelpreise und eine Strafverfolgung Ravalomananas in Aussicht. Der seit 2002 amtierende Präsident war am Vortag nach der Erstürmung seines Regierungspalastes untergetaucht. Rajoelina rief ausserdem Investoren auf, mit ihm Kontakt aufzunehmen.

Der regionale Staatenbund SADC hat das undemokratische Vorgehen der Opposition kritisiert und wie zuvor schon die Afrikanische Union (AU) zur Wiederherstellung von Frieden und Ordnung in der Inselrepublik aufgerufen. Sein Sicherheitsausschuss will heute Donnerstag bei einem Treffen in Swasiland die Lage beraten. Der Umstand, dass die Armee entgegen den Absichten Ravalomananas nicht die Macht übernahm, dürfte es der AU erleichtern, Beziehungen zu Rajoelinas Übergangsregierung aufzunehmen, sagte der madagassische Verfassungsrechtler Jean-Erik Rakotoarisoa. (dpa/reu)

Deutschland Opposition beendet Schonzeit

Althaus will nach Ostern ins Amt zurückkehren

Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) hat das Spital am Bodensee verlassen. In die Politik will der 50-Jährige nach Ostern zurückkehren.

Helmut Uwer, Berlin

Es ist noch nicht einmal eine Woche her, da wählte die thüringische CDU ihren Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 30. August. Der nicht anwesende Althaus erhielt knapp 95 Prozent der Stimmen. Der thüringische Ministerpräsident war damals noch in einer Reha-Klinik am Bodensee, wo er ein Schädel-Hirn-Trauma nach einem Skiunfall auskurierte. Für die Delegierten gab es eine schriftliche Botschaft, aber kein Video. Umso grösser waren der Ärger und auch die Verwunderung bei der Opposition, aber auch der eigenen Partei, als Althaus dann in der Montagausgabe der «Bild»-Zeitung mit einem ausführlichen Interview und einem grossen Bild zu sehen war. Der CDU-Politiker Andreas Minschke reagierte irritiert: «Wenn einer gut aussieht auf Fotos, dann erwartet man von ihm, dass er zur Arbeit geht. Und wenn er schlecht aussieht, dann soll er auch keine Interviews geben.»



Dieter Althaus.

Für den politischen Gegner ist mit dem Montag-Interview, dem am Dienstag noch ein zweiter Teil folgte, das Ende der Schonfrist für Althaus gekommen. Für SPD-Chef Christoph Matschie hat Althaus damit den Wahlkampf eröffnet: «Wer Interviews geben kann, kann auch das Land regieren.» Mitten in der Wirtschaftskrise müsse Althaus die Verantwortung übernehmen oder sich zurückhalten. «Dazwischen gibt es nichts. Einen Teilzeit-Ministerpräsidenten kann sich das Land nicht leisten.» Der Chef der Links-Partei, Bodo Ramelow, erklärte, man könne es nicht länger hinnehmen, «dass Althaus seinen Skiunfall wie auf einer Operettenbühne inszeniert und gleichzeitig von uns verlangt, dass wir uns an Regeln der Fairness halten».

Einzige Hoffnung der CDU

Althaus sagte am Mittwoch, er könne die Kritik seiner Partei nicht verstehen. Er habe ausreichend mit seinen Parteikollegen kommuniziert. Gleichzeitig kündigte er sein politisches Comeback für die Zeit nach Ostern an. Solange wird Althaus noch ambulant betreut. Sein Arzt hatte bereits am Tag zuvor mitgeteilt, dass Althaus noch nicht wieder so belastbar sei, dass er jetzt schon in den Wahlkampf einsteigen könne.

Althaus ist nicht nur die grösste Hoffnung der CDU in Thüringen. Er ist auch ihre einzige. Ohne ihn wären die Chancen der CDU gering, die seit 19 Jahren dauernde Regentschaft zu verteidigen. Umfragen zufolge wird die CDU jedoch ohnehin ihre Alleinherrschaft einbüßen, die Althaus mit 43 Prozent vor fünf Jahren knapp geschafft hatte. Zuletzt kam die CDU auf 39 Prozent. Die SPD, die derzeit nur von 18 Prozent gewählt würde, hätte nur zusammen mit der Linkspartei eine Chance, die CDU abzulösen.

Frankreich

Streik gegen Sarkozy

In Paris wächst die soziale Spannung: Studentenkrawalle haben den neuen Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik von Präsident Sarkozy eingeleitet. Mehrere hundert Studenten zogen zwischen Dienstag und Mittwoch randalierend durch Paris, schlugen auf dem Weg auf den Montmartre-Hügel Fensterscheiben ein und warfen Steine auf die überraschte Polizei. Es kam zu vier Festnahmen. Versammelt hatten sich die Studenten, um gegen die Universitätsreform von Nicolas Sarkozy zu protestieren. Selbst die Hochschulgewerkschaften, die seit sieben Wochen gegen die Sparreform kämpfen, wussten im Voraus nichts von der Sponti-Aktion.

Umso grösser ist die Angst vor unkontrollierbaren Aktionen am heutigen Streiktag. Die grossen Arbeitnehmerverbände wollen damit den Druck auf die Rechtsregierung von Staatschef Nicolas Sarkozy aufrechterhalten, nachdem ein erster Landesstreik Mitte Februar über eine Million Demonstranten in die französischen Städte gebracht hatte. Staatsbeamte, Lehrer und Angestellte des öffentlichen Verkehrs wollen die Landeswirtschaft erneut lahmlegen, um ihre Hauptforderungen durchzusetzen – Massnahmen zur Kaufkraftsteigerung durch die Anhebung des Mindestlohnes, Verzicht auf einen weiteren Stellenabbau im Staatsdienst, Verbot von Entlassungen für Unternehmen mit starkem Jahresgewinn.

Die Unterstützung der Bevölkerung ist den Streikenden sicher: 78 Prozent, mehr als je zuvor, stellen sich in Umfragen hinter sie. Diese Unterstützung zeugt von der zunehmenden sozialen Spannung in Frankreich. Die Sozialistische Partei profitierte bisher aber keineswegs davon, dass Sarkozy in den Umfragen stark an Boden verloren hat. (brä)

Papst-Reise

Im Schatten des Kondom-Streits

Begleitet von heftiger Kritik an den Papst-Äusserungen zum Gebrauch von Kondomen im Kampf gegen Aids hat Benedikt XVI. am Mittwoch seine erste Afrika-Reise fortgesetzt. Sein Sprecher Federico Lombardi erklärte dazu in Jaunde in Kamerun, die Position des Vatikans sei unverändert. Das Vertrauen auf Präservative im Kampf gegen die Immunschwächekrankheit, die besonders in Afrika weit verbreitet ist, sei fragwürdig. Es sei nicht so, dass man die Epidemie mit Kondomen stoppen könne. «Benedikt hat die Linie wiedergegeben, die schon Johannes Paul II. bestätigt hat», sagte Lombardi. «Sich auf Kondome zu konzentrieren, das ist nicht der richtige Weg.»

Das Oberhaupt der katholischen Kirche hatte am Vortag auf dem Flug nach Kamerun gesagt, die Krankheit sei «nicht mit Kondomen zu überwinden, im Gegenteil, das verschlimmert nur das Problem». Aids sei nur mit «spiritueller und menschlicher Erneuerung» zu bewältigen. In Afrika leben 67 Prozent der HIV-infizierten Menschen der Welt, 17 Millionen Menschen sind auf dem Kontinent schon an Aids gestorben.

Auf völliges Unverständnis stiessen seine Äusserungen bei Hilfsorganisationen. Kritik kam auch von Vertretern der katholischen Kirche. Als «mensenverachtend, zynisch und weltfremd» wies die Deutsche Aidshilfe (DAH) die Sichtweise zurück. Der Kirchenführer rief die Bischöfe in Kamerun am zweiten Tag seines Besuchs zu einer verstärkten Evangelisierung des westafrikanischen Landes auch als Front gegen Sekten und Freikirchen auf. (dpa/reu)

Nordkorea

US-Lebensmittel sind unerwünscht

Nordkorea will nach Angaben der US-Regierung keine weiteren Nahrungshilfen aus den USA erhalten. Dies habe die Regierung des ostasiatischen Landes mitgeteilt, eine Begründung habe es nicht gegeben, sagte der Sprecher des US-Aussenministeriums, Robert Wood. Die jüngste Ankündigung Nordkoreas, einen eigenen Satelliten zu starten, hatte die Spannungen zwischen beiden Ländern erheblich erhöht. Die USA hatten Nordkorea aufgefordert, auf den geplanten Start zu verzichten, es handle sich um einen «provokativen Akt». (dpa/reu)

In Kürze

Unbegrenzte Wiederwahl

Baku. Die Bevölkerung der ehemaligen Sowjetrepublik Aserbaidschan hat am Mittwoch über die unbegrenzte Wiederwahlmöglichkeit des Präsidenten abgestimmt. Bei einem Ja könnte der amtierende Präsident Ilham Alijew, dessen Vater bereits jahrzehntlang an der Spitze Aserbaidschans stand, über das Jahr 2013 hinaus im Amt bleiben. Die Opposition hatte zum Boykott des Referendums aufgerufen. Beobachter rechneten mit einer Mehrheit von Ja-Stimmen. (dpa)

Aus für Glühbirnen

Brüssel. Bis 2012 sollen in europäischen Haushalten, Büros, Industrieanlagen und Strassen nur noch stromsparende Glühbirnen brennen. Die Europäische Kommission hat am Mittwoch endgültig beschlossen, ineffiziente Leuchten schrittweise aus dem Handel zu nehmen. (dpa)

IKRK besorgt

Genf/Manila. Das IKRK hat sich am Mittwoch in Genf sehr besorgt über die Sicherheit seiner drei Angestellten erklärt, die auf den Philippinen als Geiseln genommen wurden. Der Chef der islamistischen Rebellengruppe Abu Sayyaf hat mit der Enthauptung einer Geisel gedroht. Das IKRK appellierte an den Sinn für Menschlichkeit der Entführer. (sda)